

Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Milena Koch

Elefanten verletzen Menschen bei Festumzug

Anfang September sind bei einem buddhistischen Festumzug mindestens 17 Menschen durch Elefanten verletzt worden. Wie der örtliche Nachrichtensender *Ada Derana* berichtete, stürmten zwei Elefanten in der Stadt Kotte in die Menschenmenge. Die Tiere seien bereits vor der traditionellen Parade unruhig gewesen. Im Anschluss entbrannte in den sozialen Medien eine Debatte darüber, ob Elefanten auf Festtagsumzügen der Tierquälerei ausgesetzt seien. Omalpe Sobitha, ein einflussreicher buddhistischer Mönch, forderte daraufhin ein Verbot von Elefanten auf Umzügen. Sie seien oft gestresst und müssten schwere Ketten tragen. „Das ist eine Schande für den Buddhismus“, teilte er der Presseagentur mit.

Wut auf muslimische Flüchtlinge

Seit den Angriffen auf christliche Einrichtungen am 21. April 2019, bei denen mehr als 250 Menschen ums Leben kamen, fühlen sich viele Flüchtlinge in Sri Lanka nicht mehr sicher. Nach einem Bericht von *Amnesty International*, der Mitte Juni veröffentlicht wurde, gingen in den Tagen nach den Angriffen wütende Mobs auf die Straße von Negombo. Ihre Wut richtete sich gegen Flüchtlinge und Asylsuchende aus muslimisch geprägten Ländern, vorrangig aus Afghanistan, Pakistan und dem Iran (s. auch Heft 2-2019). Die Flüchtlinge wurden bedroht und waren körperlichen Angriffen ausgesetzt. Sie wurden gewaltsam aus ihren Häusern getrieben und mussten auf Polizeiwachen sowie in Gemeindezentren Zuflucht suchen. Während der gewaltsamen Proteste, bei denen auch Geschäfte und Moscheen attackiert wurden, wurde ein Muslim getötet. Bei der Eröffnungsrede der 41. Tagung des Menschenrechtsrates in Genf am 24. Juni 2019 zeigte sich Michelle Bachelet, UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, besorgt über die anti-muslimischen Spannungen in Sri Lanka.

Drogenbanden für Osteranschläge verantwortlich?

Sri Lankas Präsident Maithripala Sirisena verkündete im Juli und abweichend von den bisherigen offiziellen Erklärungen, Drogenbanden seien für die Osteranschläge verantwortlich. „Drogenbarone haben diese Attacke ausgeführt, um mich in den Misskredit zu bringen und mich von meinem Kampf gegen Drogenhändler abzubringen“, erklärte Sirisena. Daraufhin ließ er verkünden, dass er sich nicht zurückschrecken lassen werde.

Premierminister Ranil Wickremesinghe und die Polizei bekräftigten indessen, dass radikale Islamisten für die Anschläge verantwortlich seien.

Ethnisch-religiöse Spannungen

Nach einem mehrtägigen Besuch in Sri Lanka teilte der UN-Sonderberichterstatter für Religions- und Glaubensfreiheit, Ahmed Shaheed, im August mit, dass die sri-lankischen Behörden dringend Maßnahmen ergreifen müssen, um die Achtung der Religions- und Glaubensfreiheit des Landes zu stärken. In einem Bericht sagte Shaheed: „die Regierung muss gegen die Hasspropaganda vorgehen, die sich gegen muslimische Gemeinschaften richtet und über Medien verbreitet werden, um ethnisch-religiöse Spannungen hervorzurufen“. Viele Religionsgemeinschaften seien über ihre Sicherheit besorgt, so Shaheed. Wenn die Regierung Sri Lankas nichts unternehme, könne der Extremismus eskalieren und die Friedenskonsolidierung vor große Herausforderungen stellen. Dabei betonte Shaheed, dass die Feindseligkeit gegenüber Muslimen schon lange vor den Osterangriffen und der anschließenden Gewalt bestanden hätten. „Es ist an der Zeit, dass Sri Lanka energisch Maßnahmen ergreift, um die Rechte aller Menschen zu schützen und die Täter unabhängig von ihren ethnisch-religiösen Hintergründen zur Rechenschaft zu ziehen“.

Gotabhaya Rajapaksa kandidiert

Mitte August startete Gotabhaya Rajapaksa seine Präsidentschaftskampagne für die Wahl Ende 2019. Er ist Bruder von Mahinda Rajapaksa, der das Land in den 2010er Jahren mit diktatorischer Gewalt regierte. Gotabhaya Rajapaksa war außerdem Verteidigungsminister im Kabinett seines Bruders und wird verdächtig, in Kriegsverbrechen im Zuge der Vernichtung der LTTE (tamilische Aufständische) verwickelt gewesen zu sein. Er besaß neben der sri-lankischen auch die US-Staatsbürgerschaft. Letztere gab er im Jahr 2018 ab, um die Voraussetzungen für die Präsidentschaftskandidatur in Sri Lanka zu erfüllen. Gleichwohl sind in den USA Gerichtsverfahren gegen Gotabhaya Rajapaksa wegen des Verdachts der Beteiligung und Anordnung von Kriegsverbrechen anhängig. In Sri Lanka steht er wegen Vorwürfen der Korruption und Unterschlagung vor Gericht. Politisch steht sein Name synonym für den „starken Mann“, der die Menschenrechte, die demokratische Regierungsführung und die Rechtsstaatlichkeit missachtet.